



Protokoll vom 01. Dezember 2017

im Mehrzweckhaus Baumeli, 20.00 Uhr

- Vorsitz:** Edy Marty, Gemeindepräsident
- Gemeinderäte:** Gottlieb Horath, Vizepräsident, Ressort Umwelt und Infrastruktur
Paul Belmont, Säckelmeister, Ressort Finanzen
Albin Fässler, Ressort Liegenschaften und Sicherheit
Markus Föhn, Ressort Bildung, Kultur und Freizeit
Hanspeter Hohl, Ressort Bauen und Verkehr
Marcel Marty, Ressort Gesellschaft
- Protokoll:** Albert Inglin, Gemeindegeschreiber
- Anwesend:** 81 Stimmberechtigte
6 Gäste
-

Traktandenliste

1. Wahl von drei Stimmzählern
2. Genehmigung der Traktandenliste
3. Voranschlag 2018: Genehmigung / Festsetzung des Steuerfusses 2018
4. Einbürgerungsgesuch Manuel Ribero Laureano, geb. 23. September 2002 (Portugal)
5. Verschiedenes

Eröffnung

Gemeindepräsident Edy Marty eröffnet um 20.00 Uhr die Versammlung und heisst die Gemeindegewerinnen und Gemeindegewer herzlich willkommen.

Speziell begrusst der Vorsitzende die beiden Kantonsräte Dölf Fässler und Sepp Marty und die Vertreter der Presse, Konrad Schuler (Einsiedler Anzeiger) und Erhard Gick (Bote der Urschweiz). Entschuldigt hat sich Pfarrer Roland Graf.

Vorweg möchte er seinen Ratskollegen und auch den Mitgliedern in den verschiedenen Kommissionen und Gremien für ihre Mitarbeit danken. Ebenfalls möchte er der Lehrerschaft sowie den Gemeindegewerstellten für ihre Arbeit danken.

Die Verstorbenen des vergangenen Jahres werden im stillen Gedenken geehrt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladungen zur Gemeindeversammlung mit den Unterlagen rechtzeitig zugestellt wurden. Zudem sind die Unterlagen ab 17. November 2017 auf der Gemeindekanzlei zur Einsicht aufgelegt worden und konnten auf der Webseite der Gemeinde abgerufen werden.

TRAKTANDUM 1

Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden vom Vorsitzenden vorgeschlagen und von der Versammlung stillschweigend gewählt:

Ruedi Fässler, Sonnenbergstrasse 45, 8842 Unteriberg
Nicola Föhn, Waagtalstrasse 63, 8842 Unteriberg
Werner Fässler, Nidlaustrasse 32, 8842 Unteriberg

TRAKTANDUM 2

Genehmigung der Traktandenliste

Gemeindeschreiber Albert Inglin verliest die Traktandenliste. Zur Traktandenliste wird das Wort nicht verlangt. Der Präsident erklärt sie für genehmigt.

TRAKTANDUM 3

Voranschlag 2018: Genehmigung / Festsetzung des Steuerfusses 2018

Gemeindepräsident Edy Marty führt aus, dass das Erarbeiten eines Budgets immer mit viel Arbeit verbunden ist. Hier möchte er speziell dem Säckelmeister, dem Gemeindegassier und den Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission für ihre Arbeit danken.

Der Gemeindepräsident erteilt dann das Wort an Benno Trütsch, Präsident der Rechnungsprüfungskommission.

Benno Trütsch, Präsident RPK: Einmal mehr wird die Gemeindeversammlung mit schlechten Zahlen konfrontiert. Wenigstens kann das Defizit gemäss des vorliegenden Voranschlags 2018 gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 300'000.00 gesenkt werden. Trotz der Tatsache, dass das Eigenkapital bald aufgebraucht sein wird, vertritt die Rechnungsprüfungskommission die Auffassung, von einer Steuererhöhung abzusehen. Auch vom Kanton ist vor einiger Zeit das Signal gesendet worden, vorerst von einer Steuererhöhung abzusehen. Wenn es dann knapp werde, gäbe es dann schon eine Lösung. Davon ist bis jetzt noch nichts zu bemerken. Die Rechnungsprüfungskommission hat sich Gedanken gemacht, wo man sparen kann. Viele Ausgaben sind zweckgebunden. Da kann man nicht viel machen. Beeinflussbar sind auf Gemeindeebene die Spezialfinanzierungen. Hier ist es aber das Ziel, jeweils eine ausgewogene Rechnung zu präsentieren und nur bei Bedarf die Gebühren zu erhöhen. Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt das Budget zur Genehmigung und den Steuerfuss bei 160 % einer Einheit zu belassen.

Der Vorsitzende dankt den Ausführungen von Benno Trütsch und gibt dann das Wort an den Säckelmeister weiter.

Erläuterungen Säckelmeister Paul Belmont: Auf Seite 3 der Botschaft habe ich erwähnt, dass der Spielraum des Gemeinderats beim Festsetzen des Voranschlags klein ist. Ca. 90 % der Ausgaben sind gebundene Kosten, nur 10 % kann auf Gemeindeebene beeinflusst werden.

Der Gemeinderat legt den Zusammenzug der Laufenden Rechnung vor:

Aufgabengliederung	Voranschlag 2018		Voranschlag 2017		Rechnung 2016	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Total Laufende Rechnung	13'162'600	12'479'200	13'813'700	12'694'800	12'989'500.40	12'198'534.90
Nettoergebnis		683'400		1'118'900		790'965.50
Allgemeine Verwaltung	1'275'600	394'900	1'381'100	416'800	1'163'992.96	408'878.05
Nettoergebnis		880'700		964'300		755'114.91
Öffentliche Sicherheit	331'900	189'700	339'300	203'700	288'500.25	186'589.75
Nettoergebnis		142'200		135'600		101'910.50
Bildung	3'086'900	489'800	3'085'700	465'800	2'957'014.30	487'708.85
Nettoergebnis		2'597'100		2'619'900		2'469'305.45
Kultur und Freizeit	47'700	4'000	59'700	4'000	45'553.05	3'963.00
Nettoergebnis		43'700		55'700		41'590.05
Gesundheit	152'700		146'500		135'224.75	
Nettoergebnis		152'700		146'500		135'224.75
Soziale Wohlfahrt	6'017'100	4'883'500	5'925'400	4'756'600	5'878'421.75	4'691'005.45
Nettoergebnis		1'133'600		1'168'800		1'187'416.30
Verkehr	789'900	213'500	822'000	211'200	963'959.05	212'645.25
Nettoergebnis		576'400		610'800		751'313.80
Umwelt und Raumordnung	1'148'800	988'700	1'723'900	1'499'500	1'219'400.15	879'652.05
Nettoergebnis		160'100		224'400		339'748.10
Volkswirtschaft	183'600	117'700	183'800	106'000	199'726.20	115'906.00
Nettoergebnis		65'900		77'800		83'820.20
Finanzen und Steuern	128'400	5'197'400	146'300	5'031'200	137'707.94	5'212'186.50
Nettoergebnis		5'069'000		4'884'900		5'074'478.56

Säckelmeister Paul Belmont schlägt vor, zuerst die Konten der laufenden Rechnung durchzugehen, gefolgt von der Investitionsrechnung und den Spezialfinanzierungen, die erstmals in der Botschaft aufgeführt sind. Am Schluss kann man dann über den Steuerfuss diskutieren.

Gemeindekassier Remo Staub hat bereits auf den Seiten 4 bis 7 der Botschaft Kommentare zu einzelnen Konten gemacht. Der Säckelmeister beginnt dann auf Seite 13 mit der Durchsicht der laufenden Rechnung. Bei den einzelnen Konten, wo Fragen sind, sollen diese jeweils sofort gestellt und beantwortet werden.

Beim MZH Baumeli, Kto. 061.314.00, baulicher Unterhalt ist ein Betrag budgetiert für die Modernisierung der Brandmeldeanlage, den Ersatz Balkenlage oberhalb Bühne, den Ersatz Isolation Warmdach sowie die Beschaffung eines neuen Beamers mit Leinwand.

Bei der öffentlichen Sicherheit, Kt. 100.318.00, Nachführung Grundbuch und Vermessungswerk ist wie bereits im Voranschlag 2017 ein Betrag budgetiert, der vom Kanton vorgegeben wird. Hier geht es um die Nachführung des Eidg. Grundbuchs.

Ebenfalls bei der öffentlichen Sicherheit, Abteilung Zivilschutz, Kt. 160.313.00, Verbrauchsmaterial ist die Anschaffung von 10 Einsatz-/Regenjacken und Einsatz-/Regenhosen vorgesehen.

Bei der Bildung, Abteilung Kindergarten, Kto. 200.302.00, Besoldungen ist ein höherer Betrag budgetiert. Zur Förderung lernschwacher Kinder sind hier 6 zusätzliche Lektionen vorgesehen mit dem Ziel, diese Kinder wieder in den normalen Lernprozess einzugliedern.

Bei der Primarschule, Kto. 210.302.00, Besoldungen ist ebenfalls ein höherer Betrag zu vermerken. Dies ist einerseits auf die alljährlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Lohnerhöhungen zurückzuführen. Andererseits erhalten nächstes Jahr 7 Lehrpersonen ein Dienstatersgeschenk.

Iwan Marty, Riedmättli 4: Gemäss einem kürzlich erschienenen Bericht in den Medien ist die Obergrenze der Klassengrösse im Kanton Schwyz bei 22 Schülern, unter 15 Schüler sollte die Klassengrösse auch nicht betragen. In der 3. Klasse hat es zurzeit 11 Schüler, in der 4. Klasse 14 Schüler und in der 5. Klasse 15 Schüler. Hat man sich schon Gedanken gemacht, eventuell gewisse Klassen zusammenzulegen? Hier wäre sicher Sparpotential vorhanden.

Markus Föhn, Ressortchef Bildung: Seit 2010 sind 6 Klassen in der Primarschule zusammengeführt worden, vorher wurden alle Klassenstufen doppelt geführt. Die gegenwärtige Situation ist so, dass bei einer Schulklasse die Schülerzahl offensichtlich tiefer ist. Dazu ist zu sagen, dass der Gemeinderat die Klassenzahl und die Lehrpersonen für dieses Schuljahr so bewilligt hat. Dem Schulrat ist aber der Auftrag erteilt worden, diese Zahlen genau zu analysieren und für das Schuljahr 2018/19 einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

Zu dieser Thematik ist weiter zu erwähnen, dass das Finanzdepartement auf Anfrage hin die Zahlen der Gemeinde Unteriberg auf Sparpotential untersucht hat. Aus dem entsprechenden Bericht ist zu vernehmen, dass man u.a. auch den Schulstandort Studen überprüfen sollte. Der Schulstandort Studen steht mit Kosten von rund CHF 330'000.00 zu Buche.

Bereits sind Gerüchte im Umlauf, dass die Schule in Studen geschlossen werden soll. Hierzu ist zu sagen, dass in Studen in den letzten 5 Jahren eine rege Bautätigkeit stattgefunden hat. Das wirkt sich auch positiv auf die Schülerzahlen aus. In den nächsten 2 Jahren dürften aus Studen rund 11 Kleinkinder ins Kindergartenalter kommen. Diese Entwicklung hat den Schulrat bewogen, dem Gemeinderat mitzuteilen, dass es keinen Sinn macht, den Schulstandort Studen zu schliessen.

Zur Situation in Unteriberg ist zu sagen, dass für das laufende Schuljahr - wie bereits erwähnt – eine Lösung gefunden wurde. Der Schulrat wird aber bis zum Februar/März 2018 einen Vorschlag für das kommende Schuljahr zuhanden des Gemeinderats ausarbeiten, wobei natürlich nicht nur finanzielle Aspekte eine Rolle spielen. Eine Option ist sicher die Auflösung einer Klasse.

Iwan Marty, Riedmättli 4, ist grundsätzlich zufrieden mit der Antwort. Andererseits stellt er die Frage, warum man nicht schon früher daran gedacht hat, allenfalls Klassen zusammenzulegen. Die Anfrage bezieht sich ja auf die Klassen 3 bis 5. Eigentlich sollte man das ja eher auf Stufe Kindergarten abklären. Beim jetzigen Kindergarten zeigen ja die Schülerzahlen mit rund 18 Kindern schon wieder nach oben.

Ressortchef Markus Föhn: Wir haben uns auch schon überlegt, die Schüler von Studen nach Unteriberg zu nehmen. Dann hätten wir vermutlich nur „normale“ Klassen. Es ist richtig, dass der Kanton eine Klasse auf maximal 22 Schüler begrenzt. In der Praxis sieht es aber so aus, dass die Klassengrösse kantonal durchschnittlich bei ca. 17 Schülern liegt. Wenn man nun je eine Klasse von 13 oder 14 Schülern als Doppelklasse führt, löst sich die Einsparung durch zusätzliches Hilfspersonal teilweise wieder auf. Ideal wäre die Zusammenführung von zwei Klassen à 11 Schüler. In Studen ist es – bedingt durch die Klassengrösse – einfacher Klassen zusammenzulegen als in Unteriberg.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, meint zu wissen, dass innerhalb der letzten 15 Jahre die Schülerzahlen um rund 45 % abgenommen haben, die Kosten aber um 75 % gestiegen sind. Irgendetwas kann da nicht stimmen. Ausserdem möchte er wissen, warum beim Kto. 210.461.00, Kantonsbeitrag der Ertrag gegenüber dem Vorjahr tiefer budgetiert ist, wenn der Aufwand steigt.

Säckelmeister Paul Bellmont: Der Kantonsbeitrag wird anhand der vorhandenen Schülerzahlen entrichtet. Die Primarschule hatte im letzten Schuljahr zwei Schüler mehr als in diesem Schuljahr.

Ressortchef Markus Föhn erläutert den Kostenanstieg: Seit 2002 hat die Schülerzahl um 45 % abgenommen. Was die Kosten betrifft, sind die Kosten pro Schüler im Kanton durchschnittlich um rund 45 % gestiegen, in Unteriberg aber um 75 %. Da sich die Kosten nicht proportional zu den Schülerzahlen verringern, ist eigentlich die kleinere werdende Schülerzahl für die höher werdenden Kosten verantwortlich.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, hat eine Frage zur Musikschule: Infolge der Übernahme der Musikschulleitung durch Schulleiterin Susanne Lagler sollte doch die interne Lösung weniger Kosten verursachen. Es wird aber weiterhin der gleiche Defizitbeitrag an die Musikschule budgetiert.

Ressortchef Markus Föhn: Schulleiterin Susanne Lagler hat die Musikschulleitung von Tina Deplazes übernommen. Die externe Lösung mit Frau Deplazes war ca. CHF

1'000.00 teurer, bedingt vor allem durch Reisespesen. Obwohl das Konto mit Defizitbeitrag betitelt ist, ist es eigentlich der Gemeindebeitrag pro Schüler an die Musikschule. Dieser bewegt sich zurzeit bei rund CHF 59'300.00, dürfte aber nächstes Jahr bei rund CHF 55'000.00 liegen, da es wieder ein paar Schüler weniger geben wird.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, zu den Kosten der Schulleitung: Als die Schulleitung vor ein paar Jahren ins Leben gerufen wurde, hat man mit Kosten von rund CHF 50'000.00 begonnen. Mittlerweile kostet die Schulleitung zusammen mit der Entschädigung des Schulrats über CHF 150'000.00. Was sind eigentlich alles im Betrag von rund CHF 19'000.00 inbegriffen?

Ressortchef Markus Föhn antwortet, dass hier die Sitzungsgelder und der Stundenaufwand des Ressortchefs enthalten sind. Hier sind keine Erhöhungen mehr vorgesehen. Das Thema Entlohnung Schulleitung und Schulsekretariat wird eigentlich jedes Jahr diskutiert. Auf Anregung von dir haben wir die Kosten der Schulleitung und des Schulsekretariats mit der Gemeinde Oberiberg verglichen. Es wurde bereits eine neue Vereinbarung ausgehandelt, wo nun Oberiberg rund CHF 10'000.00 mehr an die Schulleitung bezahlt, also neu rund CHF 36'000.00.

Iwan Marty, Riedmättli 4, möchte wissen, wie viele Sitzungen der Schulrat pro Jahr abhält.

Ressortchef Markus Föhn gibt zur Antwort, dass es rund 13 bis 14 Sitzungen pro Jahr sind.

Iwan Marty, Riedmättli 4: Bei den üblichen Entschädigungsansätzen der Gemeinde dürften sich die Kosten für die Sitzungen bei rund CHF 7'000.00 bewegen. Für was braucht man die restlichen CHF 12'000.00? Ausserdem ist auch der Betrag der Schulleitung für 2018 um CHF 10'000.00 erhöht worden. Es kann doch nicht sein, dass man so viele Sitzungen einberuft und gleichzeitig auch noch die Entschädigung für die Schulleitung erhöht. Etwas stimmt hier nicht.

Iwan Marty stellt einen Rückweisungsantrag.

Gemeindepräsident Edy Marty nimmt den Antrag entgegen und schlägt vor, nachher darüber abzustimmen.

Iwan Marty, Riedmättli 4, zum Kto. 219.310.00 Drucksachen, Inserate: Der Betrag von CHF 5'000.00 kann auch gestrichen werden. Im heutigen digitalen Zeitalter ist es nicht mehr zeitgemäss, dieses in Papierform in jede Haushaltung zu senden. Man kann es auf die Webseite der Gemeinde aufschalten.

Iwan Marty stellt einen Rückweisungsantrag.

Ressortchef Markus Föhn: Die Bildung hat mit 45 % den grössten Anteil am Ausgabenkuchen. Bei rund 160 Schülern, doppelt so vielen Eltern und den vielen kinderlosen Steuerzahlern sollte es uns wert sein, einmal im Jahr die Bürger/innen von Unteriberg – auch in Papierform - zu informieren.

Iwan Marty, Riedmättli 4: Das Aufschalten auf die Webseite genügt vollends. Ich habe den Antrag zur Streichung gestellt.

Säckelmeister Paul Belmont, zu den Schulliegenschaften und Anlagen, Kto. 240.331.00 Ordentliche Abschreibungen: Dieser Betrag nimmt nun gegenüber den Vorjahren kontinuierlich ab. Im 2016 sind rund CHF 301'000.00 abgeschrieben worden. Für 2017 wurde rund CHF 322'000 und für 2018 sind CHF 296'300.00 veranschlagt. Durch die Sanierung der verschiedenen Gebäude der Schule wurden in den letzten Jahren rund CHF 4 Mio. investiert und dadurch haben sich diese Abschreibungsbeträge ergeben. Diese Zahlen beeinflussen natürlich auch die Kosten pro Schulkind. Dies ist nur so als Randbemerkung zu verstehen.

Säckelmeister Paul Belmont möchte nun über die beiden Anträge abstimmen.

Gemeindepräsident Edy Marty zu Iwan Marty: Es sind zwei Rückweisungsanträge gestellt worden. Wir brauchen aber konkrete Zahlen, damit wir das Budget heute abschliessen können.

Iwan Marty, Riedmättli 4: Bei Kto. 219.310.00, Drucksachen, Inserate kann der ganze Betrag von CHF 5'000.00 gestrichen werden. Bei Konto 219.300.00, Entschädigungen, Tag-/Sitzungsgelder kann der Betrag um CHF 10'000.00 auf CHF 9'000.00 reduziert werden.

Gemeindepräsident Edy Marty antwortet: Bei Kto. 219.310.00 Drucksachen, Inserate ist die Sachlage klar, bei Kto. 219.300.00 verhält es sich ein bisschen anders. Die Entschädigung erfolgt über einen vom Gemeinderat bestimmten Ansatz, die Kürzung von CHF 19'000.00 auf CHF 9'000.00 mutet sich da schon etwas drastisch an.

Iwan Marty, Riedmättli 4, hält an seinen Anträgen fest.

Gemeindepräsident Edy Marty lässt dann über die beiden Anträge abstimmen:

Antrag 1: Schulverwaltung, Kto. 219.300.00 Entschädigungen, Tag-/Sitzungsgelder

Antrag um Reduktion von CHF 19'000.00 auf CHF 9'000.00

Das Abstimmungsergebnis lautet:

28 Stimmende stimmen dem Antrag von Iwan Marty zu. 22 Stimmende sind dafür, den Betrag gemäss Budget zu belassen.

Der Antrag von Iwan Marty wird mit 28 zu 22 Stimmen angenommen.

Antrag 2: Schulverwaltung, Kto. 219.310.00 Drucksachen, Inserate

Antrag, den Betrag von CHF 5'000.00 zu streichen

Das Abstimmungsergebnis lautet:

33 Stimmende stimmen dem Antrag von Iwan Marty zu, 30 Stimmende sind dafür, den Betrag gemäss Budget zu belassen.

Der Antrag von Iwan Marty wird mit 33 zu 30 Stimmen angenommen.

Pio Fässler, Waagtalstrasse 62, kann es nicht verstehen, dass sich bei der Abstimmung viele Anwesende der Stimme enthalten haben. Das kann es doch nicht sein.

Gemeindepräsident Edy Marty antwortet, dass er gemäss Gemeindeorganisationsgesetz (GOG) nicht abstimme.

Säckelmeister Paul Bellmont fährt dann mit der Durchsicht Konten in der laufenden Rechnung weiter.

Konstantin Marty, Oberibergerstrasse 24, hat eine Frage zum Alters- und Pflegeheim, zum Kto. 570.301.00 Besoldung Personal und zu Kto. 570.352.00 Gemeinde Oberiberg, Anteil am Betriebsertrag. Warum steigen die Löhne, reduziert sich aber der Betriebsertrag?

Säckelmeister Paul Bellmont antwortet, dass diese beiden Kto's nicht direkt miteinander etwas zu tun haben. Die Besoldung ist ein allgemeiner Aufwand des Alters- und Pflegeheims. Beim anderen Konto wird der Gemeinde Oberiberg vom Betriebsertrag anteilmässig eine Vergütung (22 %) entrichtet.

Benno Trütsch, Präsident RPK, erläutert hierzu, dass einerseits das Alters- und Pflegeheim Ybrig über die Spezialfinanzierung geführt wird und andererseits die Gemeinde Unteriberg mit 78 % und die Gemeinde Oberiberg mit 22 % daran beteiligt sind. Darum wird der Gemeinde Oberiberg auch anteilmässig eine Vergütung vom Betriebsertrag ausgerichtet.

Peter Marty, Riedstrasse 25, möchte beim Kto. 570.427.00, Mietzinserträge wissen, ob es sich beim Mietvertrag Aktionsraum mit der Physio'Fitness Ybrig um den Raum handelt, wo das Rückenturnen stattfindet.

Marcel Marty, Ressortchef Gesellschaft, bejaht dies.

Peter Marty, Riedstrasse 25, findet, dass die Jahresmiete von CHF 11'640.00 für diesen Raum etwas gar hoch ist. Es gibt Gerüchte, dass die Physio'Fitness Ybrig sich eventuell um neue Räumlichkeiten umsieht. Als Direktbetroffener mit Rückenproblemen wäre es schade, wenn man plötzlich auswärts Hilfe suchen müsste.

Marcel Marty, Ressortchef Gesellschaft: Die Physio'Fitness Ybrig hat diesen Raum jahrelang unentgeltlich benützt. Dieser neue Vertrag ist in gegenseitigem Einvernehmen abgeschlossen worden. Ursprünglich war eine höhere Miete vorgesehen, man hat dem Mieter dann aber noch eine Reduktion von rund 25 % gewährt. Der Aktionsraum wird doch rege benützt und wird jeweils vom Personal des APH Ybrig bereitgestellt und gereinigt. Dieser Aufwand ist bis anhin auch nie in Rechnung gestellt worden. Ausserdem ist zu beachten, dass die Physio'Fitness Ybrig in diesem Aktionsraum ein Geschäft betreibt, also ist unseres Erachtens auch eine entsprechende Miete gerechtfertigt. Wie bereits erwähnt wurde, ist der Vertrag in gegenseitigem Einvernehmen abgeschlossen worden.

Säckelmeister Paul Bellmont dankt dem Vorredner für die Ausführungen und fährt dann mit der Durchsicht der Konten in der laufenden Rechnung weiter.

Pio Fässler, Waagtalstrasse 62, ist bei Kto. 520.361.10, Kostenübernahme KVG über den hohen Betrag von CHF 69.652.45 in der Rechnung 2016 erstaunt. Gedenkt die Gemeinde Unteriberg gegen diese säumigen Zahler von Krankenkassenprämien etwas zu tun? In anderen Gemeinden wird hier offenbar etwas unternommen. Hier wäre sicher auch Sparpotential vorhanden.

Marcel Marty, Ressortchef Gesellschaft: In der Tat ist mir vor einiger Zeit zugetragen worden, dass in anderen Gemeinden diese säumigen Zahler aktiv angegangen werden. Die Fürsorgebehörde tagt nächstens, wo allfällige Massnahmen besprochen werden.

Albert Holdener, Fürsorgesekretär, erläutert dann, dass es sich hier um Gemeindebürger handelt, welche die Krankenkassenprämien nicht bezahlen. Diese werden dann betrieben und in der Regel wird ein Verlustschein ausgestellt. Dann gibt es ein Gesetz, welches die Gemeinden verpflichtet, 85 % dieser Kosten zu übernehmen. Fakt ist, dass diese Personen vorgängig schon von der Ausgleichskasse (Prämienvergünstigung) und der Gemeinde angeschrieben werden, die Rückmeldungen sind aber jeweils ernüchternd. Man möchte den Leuten helfen, aber sie lassen sich irgendwie nicht helfen. Diesen Zustand haben wir wohl unserer Gesetzgebung, die den Sozialstaat fördert, zu verdanken.

Säckelmeister Paul Belmont fährt dann mit der Durchsicht der Konten in der laufenden Rechnung weiter. Bei der Abteilung Verkehr, Kto. 621.314.30, Parkplätze ist nach erfolgter Errichtung der Bushaltestelle auf dem Minsterparkplatz noch die Markierung der Parkplätze vorgesehen.

Beim Regionalverkehr, Kto. 650.318.10, Verkaufserlös Tageskarten, soll der Preis von CHF 40.00 auf CHF 43.00 erhöht werden, da hier die Gemeinde weiterhin einen Verlust schreibt.

Iwan Marty, Riedmättli 4, zum Minsterparkplatz: Hier fällt auf, dass relativ viele Fahrzeuge – auch über längere Zeit - abgestellt werden. Ist das zulässig?

Hanspeter Hohl, Ressortchef Bauen und Verkehr: Fahrzeuge mit Kontrollschild dürfen bis zu 3 Tage parkiert werden, das Abstellen von Fahrzeugen ohne Kontrollschild ist nicht gestattet. Die Situation wird sich wegen der Bautätigkeit in diesem Gebiet in Zukunft wohl noch verschärfen. Die Gemeinde möchte aber diese Art von Dauerparkieren nicht. Deshalb ist man daran, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten, die voraussichtlich die Bewirtschaftung des Minsterparkplatzes zum Ziel hat.

Säckelmeister Paul Belmont dankt dem Vorredner für die Ausführungen und geht dann zur Abteilung Umwelt und Raumordnung, Wasserversorgung über.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, fällt auf, dass bei der Wasserversorgung; Kto. 701.390.00 und bei der Abwasserbeseitigung, Kto. 710.390.00 jeweils ein Betrag von CHF 5'000, interne Verrechnung Anteil Gemeindekasse aufgeführt ist. Hier handelt es sich wohl um ein Nullsummenspiel.

Zudem ist beim Kto. 710.362.00, Betriebsbeitrag an ARA oberes Sihltal beim Kommentar erwähnt, dass nebst dem Betriebsbeitrag noch CHF 20'000.00 für die Abwasserabgabe an das Bundesamt für Umwelt budgetiert ist. Ist diese Abgabe neu?

Gody Horath, Ressortchef Umwelt und Infrastruktur: Diese Abgabe ist neu. Schweizweit müssen ca. 100 Abwasserbetriebe auf Mikroverunreinigungen, verursacht durch Medikamente, ausgebaut werden. Dafür müssen diese Betriebe pro Einwohnergleichwert einen Betrag von CHF 9.00 in einen Fonds einbezahlen. Aus diesem Fonds wird dann die Umrüstung auf Mikroverunreinigung finanziert. Solange die Umrüstung nicht

stattgefunden hat, muss man weiterhin in diesen Fonds einbezahlen. Vermutlich wird dies bei der ARA oberes Sihltal auch noch einige Jahre dauern.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, kann trotzdem nicht verstehen, dass der Betriebsbeitrag an die ARA oberes Sihltal schon wieder steigen wird.

Alois Kälin, Sonnmattstrasse 22, bestätigt die Ausführungen von Gemeinderat Gody Horath. Dieser Beitrag ist vom Bund so auferlegt worden. Da kann man nichts machen, dieser Beitrag muss wohl über Jahre einbezahlt werden. Die steigenden Kosten können auch damit begründet werden, dass seitens des Amts für Umweltschutz die Vorschriften dauernd verschärft werden.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34: Es kann doch nicht sein, dass die Kosten alljährlich steigen. Es ist ja zudem vorgesehen, CHF 65'700.00 aus der Spezialfinanzierung zu entnehmen.

Ressortchef Gody Horath führt aus, dass die Kosten für den Unterhalt für die Abwasseranlage schon hoch sind. Zudem beobachtet man seit einigen Jahren Kiesablagerungen im Leitungssystem, die das Pumpwerk stark belasten. Man hat bis anhin noch nicht feststellen können, woher der Kies stammt.

Iwan Marty, Riedmättli 4, hat eine Bemerkung zur Guggelsstrasse. Vor einigen Jahren wurde dort eine Verbreiterung der Strasse vorgenommen und nun hat man die Strasse wieder aufgerissen, um Leitungen zu verlegen. Hätte man das hier nicht besser koordinieren können?

Nach Dafürhalten von Säckelmeister Paul Belmont hat hier schon eine Koordination stattgefunden. Im Zusammenhang mit der Bautätigkeit in diesem Gebiet hat sich auch der Einbau der Leitungen ergeben. Es ist ja noch vorgesehen, im nächsten Jahr den Deckbelag einzubauen.

Ressortchef Gody Horath: Wir machen uns schon vorher Gedanken, bevor wir Arbeiten in Angriff nehmen. Der Ersatz dieser Leitungen stand schon länger auf der Penzenliste. Die alten Rohre waren reparaturanfällig und sind nun ersetzt worden. Die Arbeiten sind jetzt ausgeführt worden, da ja vorgesehen ist, einen neuen Deckbelag auf der Guggelsstrasse einzubauen. Die nächsten Projekte sind im unteren Nidlau und an der Riedstrasse vorgesehen. Auch hier sollen Leitungen ersetzt bzw. eingebaut werden, bevor man die Strasse saniert.

Säckelmeister Paul Belmont dankt den Worten des Vorredners. Er führt aus, dass er im Zusammenhang mit der internen Verrechnung Anteil Gemeindekasse Franz Marty noch eine Antwort schuldet. Im Voranschlag 2017 war im Kto. 701.390.01, Wasserversorgung ein Betrag von CHF 10'000.00 budgetiert. Für das Budget 2018 hat man das gleichmässig auf die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung aufgeteilt. Diese Aufteilung hat man gemacht, um allfällige Kosten für die Baubewilligung, Eintrag ins Grundbuch etc. sowohl bei den Wasser- als auch bei den Abwasserleitungen abzudecken.

Pio Fässler, Waagtalstrasse 62, möchte dann bei der Abfallbeseitigung wissen, warum man die Grundgebühr um CHF 5.00 erhöht und nicht eine Erhöhung bei den gebührenpflichtigen Kehrichtsäcken vornimmt. So werden eigentlich die Wohnungseigentümer bestraft und diejenigen, die mehr Abfall verursachen, bevorzugt.

Ressortchef Gody Horath: In den letzten Jahren sind vor allem die Kosten für die Grüngutentsorgung gestiegen. Aus diesem Grund wird auch die Grundgebühr erhöht und nicht die Gebühr für die Kehrichtsäcke.

Säckelmeister Paul Bellmont fährt dann bei der Abteilung Friedhof und Bestattung weiter. Hier ist beim Urnengrab auf dem Friedhof Studen eine Verbesserung des Zugangs geplant.

Beim übrigen Umweltschutz, Kto. 780.318.00, Dienstleistungen Dritter entstehen Kosten für Grundwasser-Untersuchungen bei der ehemaligen Deponie Nidlau sowie beim Kugelfang Herti/Waag.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, hat dann eine Frage bei der Raumordnung, Kto. 790.318.00, Dienstleistungen Dritter. Es sind zwar CHF 50'000.00 budgetiert, im Kommentar werden aber nur CHF 12'500.00 für die Umsetzung der Verbundaufgabe der Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen aufgeführt. Welche Ausgaben sind hier noch vorgesehen?

Säckelmeister Paul Bellmont: In diesem Konto werden auch die Aufwendungen des Planungsbüros, das die Gemeinde im Zusammenhang mit Zonenplankorrekturen und bei der Raumplanung fachtechnisch unterstützt, abgerechnet.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34: Bereits im Budget 2017 waren CHF 50'000 aufgeführt und für das Budget 2018 sind wieder CHF 50'000.00 vorgesehen. Werden hier nun jedes Jahr ca. CHF 35'000.00 für Raumplanung ausgegeben? Wir haben ja gar keine Raumplanung mehr.

Gemeindepräsident Edy Marty, Ressortchef Orts- und Zonenplanung: Für 2017 wurde die vom Kanton vorgeschriebene Ausscheidung der Gewässerräume und der Naturgefahren budgetiert. Diese Änderungen wurden ja dann schliesslich an der Urne abgelehnt. Für das Jahr 2018 dürften die Kosten tiefer ausfallen. Hier gestaltet sich das Budgetieren der Kosten jeweils schwierig.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34: Vielleicht hätte man das im Kommentar erwähnen können, dann hätte sich eine Fragestellung erübrigt. Beim Kto. 790.319.00, übriger Sachaufwand sind CHF 5'300.00 budgetiert. Für was ist dieser Betrag vorgesehen?

Gemeindepräsident Edy Marty: Hier sind CHF 5'000.00 für das Entwicklungskonzept Sihlsee vorgesehen. Ausgangslage für dieses Konzept ist ein Regierungsratsbeschluss aus dem Jahr 2014. Mit dem Konzept möchte man eine nachhaltige Wertschöpfung des Sihlseegebiets erreichen und der Öffentlichkeit einen besseren Zugang zum Sihlsee ermöglichen. Für Unteriberg wäre dies eine Entscheidungsgrundlage und eventuelle Basis zu einer allfälligen Nutzungsplanung. Bis vor ca. 1 Monat konnte man davon ausgehen, dass die Nutzungsplanung nächstes Jahr in Angriff genommen würde. Leider ist es nun auf später verschoben worden. Der Regierungsrat hat dieses Konzept auf 5 Jahre terminiert. 3 Jahre sind nun vorbei, der budgetierte Betrag von CHF 5'000.00 ist demzufolge für das 4. Jahr bestimmt. Ob dieses Konzept weitergeführt wird, weiss man jetzt noch nicht. Die ausgeführten Malereien im Clubhaus des Langlaufclubs Studen sind übrigens Teil dieses Konzepts. Hier hat auch der Kanton und der Bezirk Einsiedeln einen Beitrag geleistet.

Säckelmeister Paul Belmont geht dann zur Abteilung Volkswirtschaft über.

Iwan Marty, Riedmättli 4: Stimmt es, dass die Gemeinde Unteriberg alljährlich CHF 500.00 an die Raiffeisenbank Yberg vergütet für den Standort des Weihnachtsbaums? Es macht nachdenklich, wenn eine von Schulden geplagte Gemeinde eine Bank mit Beiträgen unterstützt.

Gemeindepräsident Edy Marty: Grundsätzlich sind die finanziellen Verhältnisse zweier Vertragsparteien nebensächlich, wenn man etwas kauft. Ursprünglich war vorgesehen, das Wasser für den Brunnen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die Raiffeisenbank hat sich dann für die Variante Wasserrecycling entschieden. Die Gemeinde hat dann an den neuen Brunnen einen einmaligen Betrag von CHF 10'000.00 geleistet und für den jährlichen Unterhalt und den Standort des Weihnachtsbaums pauschal CHF 500.00 gesprochen. Dieses Thema ist aber noch pendent beim Gemeinderat.

Gemeinderat Albin Fässler möchte sich auch zu diesem Thema äussern: Ursprünglich wollte man CHF 20'000.00 an den Brunnen spenden. Ich war dagegen, weil die Gemeinde Unteriberg bei der Liegenschaft Zemp schon einen Dorfbrunnen hat. Dieser Brunnen war früher im Eigentum des Hotels Alpenhofs. Ich habe dann den Vorschlag gemacht, das Wasser unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Im Gemeinderat wurde dann ein einmaliger Beitrag von CHF 10'000.00 plus eine jährliche Pauschale von CHF 500.00 beschlossen. Die Pauschale ist unbefristet. Ich bin nun dafür, dass man diesen Betrag auch aus dem Budget streicht.

Christina Baumann, Riedweg 10, findet es langsam lächerlich, dass man über solche kleinen Beträge so lange diskutiert. Man sollte sich vielmehr bei den grossen Beträgen Gedanken machen, ob Sparpotential vorhanden ist oder dann die nötigen Kontakte herstellen, damit man etwas bewegen kann. Die Raiffeisenbank Yberg ist vermutlich kein schlechter Steuerzahler, dann sind diese CHF 500.00 wohl mehr als abgegolten. Wenn man schon etwas beschlossen hat, sollte man dies nun auch einhalten. Man hätte sich wohl besser vorher die nötigen Gedanken darüber machen sollen. Wichtiger scheint sowieso, sich Gedanken zu machen, wie man das budgetierte Defizit von rund CHF 600'000 ausgleichen kann. Was kann man vom Kanton erwarten, um wieder eine ausgeglichene Rechnung zu bekommen? Bei 90 % gebundenen Kosten ist der Handlungsspielraum der Gemeinde beim Sparen sehr eingeschränkt.

Säckelmeister Paul Belmont nimmt die Ausführungen der Vorredner entgegen und führt aus, dass das Thema um den jährlichen Beitrag an den Brunnen noch im Gemeinderat pendent ist.

Bei den Finanzen und Steuern, Finanzausgleich, sind vom Kanton rund CHF 264'000.00 mehr zu erwarten. Einerseits ist das sicher positiv, andererseits entspricht das immer noch nicht unseren Vorstellungen. Damit ist die Durchsicht der laufenden Rechnung abgeschlossen.

Bei der Investitionsrechnung sind für den Ersatz der Strassenbeleuchtung CHF 110'000.00 vorgesehen. Ausserdem steht der Ersatz der Quellableitung Schräwald mit CHF 185'000.00 zu Buche. Zudem ist im unteren Nidlau der Ersatz der Meteorwasserleitung für rund CHF 100'000.00 vorgesehen.

Remo Reichmuth, Waagtalstrasse 72, möchte wissen, ob der Ersatz der Strassenbeleuchtung überhaupt nötig ist und warum die Beleuchtung an der Waagtalstrasse im Gebiet Baumeli nicht funktioniert.

Hanspeter Hohl, Ressortchef Bauen und Verkehr: Der Ersatz der Strassenbeleuchtung ist eigentlich seit 2014 pendent und dringend nötig. Die Kandelaber sind vor allem im unterirdischen Bereich in einem bedenklichen Zustand. Um das Unfallrisiko möglichst klein zu halten, müssen die Kandelaber möglichst schnell saniert werden. Der Ausfall der Beleuchtung im Gebiet Baumeli wurde durch einen Kurzschluss verursacht. Die Fehlerquelle wird immer noch gesucht.

Säckelmeister Paul Belmont erklärt dann die Entwicklung der Spezialfinanzierungen 2017 bis 2021. Bei der Feuerwehr, APH Ybrig, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung gibt es in nächster Zeit wohl keinen Handlungsbedarf. Beim Abfall ist eine Anpassung vorzunehmen. Aus diesem Grund wird per 1. Januar 2018 die Grundgebühr um CHF 5.00 erhöht.

Gemeindepräsident Edy Marty nimmt die Ausführungen des Vorredners entgegen. Er fragt in die Runde, ob weitere Fragen zum Budget bestehen.

Patrick Bieri, Studen: Heute hat man bei der Bildung CHF 15'000.00 gespart. Bei einem budgetierten Fehlbetrag von mehr als CHF 683'000.00 ist das nicht so viel. Vergleicht man die Löhne der Lehrer mit den Löhnen des Verwaltungs- und Betriebspersonal, stellt man fest, dass man den Aufwand beim Verwaltungs- und Betriebspersonal auch um rund 3 % erhöht. Wird dies auch vom Gemeinderat überprüft? Vorher hat man das Sitzungsgeld bei der Schule diskutiert. Die Sitzungen werden mit einem Stundenansatz von rund CHF 25.00 vergütet. Werden die anderen Kommissionen auch überprüft?

Säckelmeister Paul Belmont: Die Frage zu den Löhnen bezieht sich auf die Zahlen auf Seite 11, Kto. 301 und 302. Bei den Löhnen Verwaltungs- und Betriebspersonal sind zwar die Gehälter der Verwaltung inbegriffen, der Grossteil dieses Aufwands bezieht sich aber auf das Alters- und Pflegeheim. Hier hat aber der Gemeinderat eher wenig Einfluss. Die Besoldung der Verwaltung richtet sich nach kantonalen Richtlinien und die Gehälter werden periodisch überprüft. Sicher gibt es Lohnerhöhungen bei der Verwaltung, das ist aber gegenüber dem Alters- und Pflegeheim eher ein geringer Anteil.

Patrick Bieri, Studen, findet trotzdem, dass der Gemeinderat die Verwaltungskosten einer genauen Prüfung unterziehen sollte. Dies ist ein grosser Aufwandsposten und wird alljährlich ohne Einwendungen genehmigt. Vorher hat man von kleineren Aufwandsposten geredet aber die grossen Aufwandsposten werden stillschweigend genehmigt. Wenn man schon das Sitzungsgeld der Schulbehörde in Frage stellt, kann man auch die Effizienz der andern Kommissionen hinterfragen.

Säckelmeister Paul Belmont nimmt die Anregungen des Vorredners entgegen und hofft, bis zur nächsten Gemeindeversammlung mehr Informationen zu haben.

Iwan Marty, Riedmättli 4, möchte etwas klarstellen: Man mag eine Einsparung von CHF 15'000.00 als lächerlich empfinden. Spart man aber 20 Mal diesen Betrag ein, dann sind dies schon CHF 300'000.00. Dies ist eigentlich als Anregung zu sehen,

dass sich Gemeindebürger vermehrt die Mühe nehmen, beim Gemeindekassieramt vorbeizugehen, um sich mit den Zahlen auseinanderzusetzen.

Gemeindepräsident Edy Marty dankt Säckelmeister Paul Bellmont für die kompetente Präsentation des Voranschlags. Man hat heute zwar CHF 15'000.00 sparen können, das ist aber eigentlich wenig bei einem Budget von mehr als CHF 13 Mio. Andererseits lernt man zuerst bei kleinen Beträgen sparen.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34: Bei einem Aufwand von CHF 13 Mio. sind rund 90 % gebundene Ausgaben und 10 % Ausgaben, wo man Handelsspielraum hat. Wenn man nun nur 5 % sparen könnte, dann wäre das ein Betrag von rund CHF 650'000.00. Ist es möglich, das Budget zurückweisen?

Gemeindepräsident Edy Marty: Es besteht die Möglichkeit, das Budget abzulehnen, damit der Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget vorlegen kann. Hier ist nochmals zu erwähnen, dass beim vorliegenden Budget viele Ausgaben gebundene Kosten sind. Man kann beispielsweise nicht einfach von heute auf morgen einen oder zwei Lehrer entlassen oder Schulklassen zusammenlegen. Wenn jemand das Budget zurückweisen möchte, müsste er dem Gemeinderat schon genau mitteilen, wo gespart werden soll.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34: Wenn man das Budget ablehnen kann, dann möchte er die Anwesenden auffordern, das vorliegende Budget abzulehnen, damit endlich angefangen wird zu sparen.

Remo Reichmuth, Waagtalstrasse 72, empfiehlt den Anwesenden, das Budget nicht abzulehnen. Der Gemeinde wird somit eigentlich auf Notbetrieb umgestellt, die Ausführung wichtiger Geschäfte oder Arbeiten wird blockiert. Es können nur die nötigsten Arbeiten wie Unterhalt etc. ausgeführt werden.

Gemeindepräsident Edy Marty, führt aus, dass bei einer Ablehnung des Budgets der Gemeinderat innerhalb einer gewissen Frist ein neues Budget vorlegen müsste. Vielleicht kann man da und dort etwas streichen und schliesslich spart man CHF 50'000.00 oder auch nicht. Wie bereits vorgängig erwähnt sind die meisten Ausgaben gebunden. Der Gemeindebeitrag an Privatstrassen von CHF 100'000.00 fällt beispielsweise auch darunter. Dieser Beitrag wurde seinerzeit an einer Gemeindeversammlung so beschlossen. Diesen Beitrag kann der Gemeinderat nicht einfach so streichen. Man müsste zuhanden einer Budgetgemeinde einen neuen Betrag, z.B. CHF 10'000.00 vorschlagen und die Gemeindeversammlung müsste dann nachher darüber befinden. Eine weitere Alternative wäre beispielsweise bei den Beiträgen an kommunale Institutionen, Kommissionen und dergleichen den Rotstift anzusetzen. Da würde man vielleicht hier CHF 100.00 und dort CHF 300.00 sparen. Der Spareffekt würde sich wohl auch hier in Grenzen halten. Die anwesenden Gemeindebürger/innen werden deshalb gebeten, das vorliegende Budget so zu genehmigen und dem Antrag von Franz Marty nicht zuzustimmen.

Franz Marty, Nidlaustrasse 34, berichtet, dass er keinen Antrag gestellt habe, sondern den Anwesenden empfohlen habe, das Budget abzulehnen.

Benno Trütsch, Präsident RPK, ist erfreut über das zahlreiche Erscheinen der Gemeindebürger/innen und die angeregte Diskussion. Das zeigt doch, dass sich die Bevölkerung für die Belange der Gemeinde interessiert. Zwar gibt es nur einige wenige

Personen, die sich intensiv mit den Zahlen auseinandersetzen und kritische – und manchmal auch unangenehme – Fragen stellen. Die Aufgabe, das Budget wieder in eine ausgewogene Lage zu bringen, wird in nächster Zeit sicher nicht leicht. Man ist aber bemüht, bei der Ausgabenseite weiterhin den Sparhebel anzusetzen. Was schlussendlich herauskommt, wird sich zeigen.

Edgar Holdener, Sonnmattstrasse 18, führt aus, dass er eigentlich nach ca. 1 ½ Stunden Diskussion frustriert sein müsste. Man hat nun etwas sparen können, das Defizit wird aber nächstes Jahr trotzdem über CHF 650'000.00 betragen und das Eigenkapital aufgebraucht sein. Er appelliert an die beiden anwesenden Kantonsräte, in Schwyz Druck aufzusetzen. Vor ca. 6 Jahren wurde das Finanzausgleichsgesetz minim angepasst mit der Folge, dass nun Gemeinden mit weniger als 1'000 Einwohnern und auch die Bezirke schwarze Zahlen schreiben. Vermutlich braucht es wenig, man müsste beim Kanton nur den Hebel am richtigen Ort ansetzen. Nur mit Sparen und Beträge streichen wird man die Finanzen der Gemeinde wohl kaum in den Griff bekommen.

Gemeindepräsident Edy Marty muss dem Vorredner leider Recht geben. Gemeinden bis 1'000 Einwohner sind heutzutage in einer besseren Situation als Gemeinden von der Grösse von Unteriberg.

Albert Holdener, Alt-Gemeindekassier, kann den Worten von Edgar Holdener nur beipflichten. Generell sind Gemeinden wie Unteriberg und etliche andere Gemeinden bis ca. 4'000 Einwohner davon betroffen. Offenbar hatte Sattel mit ca. 1'900 Einwohnern das gleiche Problem. Irgendwie konnte man dann beim Kanton erreichen, dass die Limite zum Bezug von Strukturbeiträgen nach oben korrigiert wurde. Der Gemeinde Sattel geht es jetzt finanziell wieder besser. Vielleicht müsste ein Signal an den Kanton gesendet werden, die Situation der Gemeinde genauer zu analysieren.

Gemeindepräsident Edy Marty meint zu den Worten des Vorredners, dass von der Gemeinde schon vielfach Signale gesendet wurden, die erhoffte Wirkung ist bis jetzt ausgeblieben.

Christina Baumann, Riedweg 10, bittet die Anwesenden, das vorliegende Budget anzunehmen. Wenn man schon immer sparen muss, dann können wir dort anfangen, wo der Kanton immer Auflagen macht. Das würde sicher eine Reaktion auslösen. Es ist Zeit, dass die Gemeinde sich wehrt. Es ist ja nicht so, dass die Gemeinde nicht versucht zu sparen. Der Grund für die Schuldenmisere liegt aber anderswo.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt. Der Präsident lässt dann über den gemachten Vorschlag aus der Mitte, das Budget abzulehnen, abstimmen. Der Vorschlag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Gemeindepräsident Edy Marty dankt den Anwesenden für das Vertrauen und führt abschliessend aus, dass er sich folgende Notiz aufgeschrieben habe: „Unmissverständlicher Anstoss für Sparbemühungen.“

Der Vorsitzende bringt dann die Anträge des Gemeinderates zur Abstimmung:

Der Gemeindeversammlung wird beantragt:

1. Der vorliegende Voranschlag 2018, umfassend
 - die Laufende Rechnung
 - die Investitionsrechnungwird genehmigt.

Der Voranschlag 2018 wird mit wenigen Gegenstimmen genehmigt.

Festsetzung Steuerfuss

Gemeindepräsident Edy Marty beginnt seine Ausführungen mit den markanten Worten: „Die Finanzen der Gemeinde Unteriberg laufen aus dem Ruder“. Dieser Satz war kürzlich in der Zeitung zu lesen, eine etwas gar dramatische Bemerkung eines Journalisten. Aus dem Ruder laufen heisst: Kontrolle verlieren, nicht mehr steuerbar sein. Das ist nicht der Fall. Wir haben es selber in der Hand, die Gemeindefinanzen zu steuern. Schon im Jahr 2012 war absehbar, dass die budgetierten Bilanzfehlbeträge irgendwann nicht mehr durch das Eigenkapital abgefangen werden können. Eine moderate Steuererhöhung wäre dannzumal angebracht gewesen. Wir haben aber die Revision des Steuergesetzes abgewartet. Ausserdem habe ich vorletztes und letztes Jahr an der Budgetgemeinde gesagt, dass man noch abwarten wolle, wie sich die kantonale Finanzpolitik auf den Finanzausgleich auswirken wird. Wie Säckelmeister Paul Belmont bereits erwähnt hat, gibt es für nächstes Jahr rund CHF 264'000.00 mehr Finanzausgleich, was sehr erfreulich ist. Trotzdem mussten wir wieder einen Fehlbetrag budgetieren. Nun müssen wir uns selber helfen. Obwohl der Gemeinderat in der Botschaft den Antrag stellt, den Steuerfuss bei 160 % zu belassen, müsste man heute eine Steuererhöhung von rund 30 % beschliessen oder dann nächstes Jahr noch eine höheren Steuerfuss in Kauf nehmen. Dies mag nun eine niederschlagende Ankündigung sein, aber wenn man den Finanzplan auf Seite 31 der Botschaft betrachtet, wird man in den nächsten Jahren wohl ähnliche hohe Finanzfehlbeträge budgetieren müssen. Wie bereits erwähnt, wir müssen uns selber helfen; einerseits durch Sparen und andererseits durch eine Steuererhöhung. Die Diskussion darüber ist nun frei.

Pio Fässler, Waagtalstrasse 62: Wenn die Gemeinde nächstes Jahr mehr Finanzausgleich bekommt, sollte man den Steuerfuss nicht erhöhen, sonst sendet man das falsche Signal an den Kanton.

Iwan Marty, Riedmättli 4, unterstützt die Worte des Vorredners. Die zurzeit tiefen Steuern sind eigentlich der einzige Grund, um nach Unteriberg zu ziehen. Mehr Familien mit Kindern wirken sich positiv auf die Kosten in der Bildung aus.

Gemeindepräsident Edy Marty: Wir vergleichen uns gerne mit der Gemeinde Rothenthurm, da Rothenthurm circa die gleiche Einwohnerzahl hat. Die Schule in Rothenthurm ist aber besser ausgelastet und wird demzufolge mit einem beträchtlich höheren Betrag vom Kanton unterstützt. Ausserdem hat Rothenthurm den Steuerfuss bei 180 % belassen gegenüber 160 % in Unteriberg. Hätte Unteriberg den gleichen Steuerfuss beschlossen, wäre das Eigenkapital vermutlich heute auch um rund CHF 2 Mio. höher. Gewisse Ausgaben sind gebunden, da kann man nicht sparen. Eine minime Erhöhung der Steuern bringt uns aber auch nicht weiter. Eine Erhöhung des Steuerfusses um 30 % würde rund CHF 480'000.00 generieren, was den Budgetfehlbetrag immer noch nicht abdeckt. Durch voraussichtliche Einsparungen bei der Bildung nächstes Jahr in-

folge einer möglichen Klassenzusammenlegung und bei der Verwaltung im 2019 infolge personeller Wechsel kommen wir aber dem Ziel schon näher. Ausserdem ist ein neues Finanzhaushaltsgesetz in Ausarbeitung, wo vorgesehen ist, den Abschreibungssatz zu reduzieren. Mit all diesen Faktoren sollte es möglich sein, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Wenn die Schülerzahlen wieder zunehmen, wäre dann vermutlich eine Senkung des Steuerfusses wieder möglich.

Iwan Marty, Riedmättli 4, möchte sich ein Bild machen, wie die Schülerzahlen in rund 5 Jahren aussehen werden. Die Kinder sind ja bereits geboren, also sollte die Information erhältlich sein.

Markus Föhn, Ressortchef Bildung gibt zur Antwort, dass in diesem Schuljahr 165 Kinder die Schule besuchen. Für die nachfolgenden Schuljahre steigt die Schülerzahl kontinuierlich von 173 auf 175, dann auf 189 und schlussendlich im Schuljahr 2021/22 würden gemäss den Berechnungen 201 Kinder die Schule besuchen. Die vorgängig erwähnten hohen Kosten pro Schüler gegenüber dem kantonalen Durchschnitt werden sich durch die Zunahme der Schüler nun wieder alleine korrigieren. Diese Berechnung kann sich theoretisch um ein Jahr verschieben, bedingt durch die Früh-/Späteeinschulung. In der Berechnung nicht inbegriffen sind mögliche Zuzüge von Familien. Zurzeit sind ja viele Neuwohnungen im Bau bzw. schon bezugsbereit und hier hoffen wir natürlich, dass sich unter den potentiellen Zuzügen auch Familien mit Kleinkindern befinden.

Gemeindepräsident Edy Marty kommt nochmals auf den Vergleich mit der Gemeinde Rothenthurm zurück. Gegenüber Rothenthurm bezahlt die Gemeinde Unteriberg jährlich einen Beitrag von CHF 130'000.00 an das Hallenbad Minster. Zudem leistet die Gemeinde einen Beitrag von CHF 100'000.00 an den Unterhalt von Privatstrassen, unterhält einen Schülertransport und hat noch ein Schulhaus in Studen, das man aus Solidarität offen halten sollte. Eigentlich sollten die jungen Mitbürger/innen für eine Erhöhung des Steuerfusses sein, weil man früher oder später die Rechnung doch bezahlen muss.

Bis 2010 war der Steuerfuss bei 190 %, im Jahr 2000 sogar auf 225 %. Das Finanzhaushaltsgesetz besagt, dass der Steuerfuss so anzusetzen ist, damit der budgetierte Deckungserfolg der laufenden Rechnung erreicht werden kann. Das ist hier ja nicht der Fall. Wenn nun ein Bürger Beschwerde beim Regierungsrat einreicht, wäre es nachher möglich, dass der Regierungsrat den Steuerfuss festsetzt. Unsere Eltern hatten damals in den 60iger/70iger Jahren weniger finanzielle Mittel zur Verfügung und auch der Steuerfuss war höher. In dieser Zeit wurden wichtige Bauvorhaben wie zum Beispiel ein neues Schulhaus verwirklicht.

Obwohl der Gemeinderat den Antrag stellt, den Steuerfuss bei 160 % zu belassen, sitze ich auch als Gemeindebürger hier und stelle nun den Antrag, den Steuerfuss um 30 % auf 190 % zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung und den vorgängig erwähnten möglichen Sparmassnahmen sollte ein ausgeglichenes Budget möglich sein.

Christina Baumann, Riedweg 10, fragt sich, ob mit einer Erhöhung um 30 % das richtige Signal an den Kanton gesendet wird. Der Hebel sollte woanders angesetzt werden. Verbesserungspotential gibt es auch seitens des Kantons, beispielsweise bei der Besoldungsverordnung der Lehrer und der Verwaltung. Während in der Privatwirtschaft die Gehälter stagnieren, steigen sie normalerweise bei den Lehrern und bei der Verwaltung jährlich automatisch. Da habe ich als Normalbürger Mühe, eine Steuererhöhung von 30 % akzeptieren. Wenn man schon eine Steuererhöhung vornimmt, dann höchstens um 5 %, weil der Bezirk Schwyz die Steuern um 5 % senkt. Dann bleibt

man für nächstes Jahr auf dem gleichen Niveau. Wenn der Kanton dann schlussendlich auch entgegenkommt, bin ich auch bereit, eine Steuerfusserhöhung zu akzeptieren.

Für Gemeindepräsident Edy Marty sind die Ausführungen der Vorrednerin bis zu einem gewissen Punkt nachvollziehbar. Andererseits bringt eine Steuerfusserhöhung von 5 % nicht viel. Mit einer Steuerfusserhöhung um 30 % würde für 2018 der Gesamtsteuerfuss 415 % betragen. Im Jahr 2005 war der Gesamtsteuerfuss bei 420 %, im Jahr 2000 sogar bei 450 %, also sogar noch höher. Der Kanton wird wohl kaum von heute auf morgen eine Besoldungsverordnung ändern können. Es wurmt uns auch, aber die Löhne müssen wir trotzdem bezahlen.

Christina Baumann, Riedweg 10, gibt dann als Paradebeispiel das Viadukt Willerzell an. Da hiess es von der Regierung auch, dass man dieses nicht mehr finanzieren kann. Als dann starke Opposition gegen die Stilllegung des Viadukts entstand, hat sich offenbar die Meinung der Regierung geändert. Es liegt schon an der Gemeinde Unteriberg, beim Kanton unseren Unmut darzulegen. Nur mit der Faust im Sack machen erreicht man nichts.

Gemeindepräsident Edy Marty: Auch wenn der Kanton gewillt ist, etwas zu ändern, dauert es Jahre. Eine Steuererhöhung von 5 % löst das Problem der Schulden nicht. In ein paar Jahren werden es CHF 2 oder 3 Mio. sein. Nur eine Steuerfusserhöhung von mindestens 30 % hilft uns weiter.

Christina Baumann, Riedweg 10, antwortet, dass man täglich aus den Medien höre, dass die USA Billionen von Verlust mache, da muss sich die Gemeinde Unteriberg mit einem Verlust von CHF 2 Mio. nicht verstecken.

Gemeindepräsident Edy Marty führt dann aus, dass er als Bürger den Antrag stellt, den Steuerfuss um 30 % zu erhöhen, um den Finanzhaushalt in Ordnung bringen zu können. Wenn dann die Finanzen in Ordnung sind, kann man den Steuerfuss auch wieder senken.

Gemeinderat Albin Fässler führt aus, dass in letzter Zeit sehr viele neue Wohnungen erstellt wurden. Bei einer Erhöhung des Steuerfusses um 30 % wird es wohl nicht einfacher, diese Wohnungen vermieten zu können.

Gemeindepräsident Edy Marty: In der Zeitung konnte man lesen, dass Unteriberg bei den Geistersiedlungen schweizweit auf Platz 211 steht, weil es so viele Leerwohnungen gibt. Es kann nicht sein, dass die Allgemeinheit dafür zahlen muss, damit leere Wohnungen vermietet werden können. Bei Personen unserer Einkommensklasse ist wohl nicht der Steuerfuss ausschlaggebend, wo man sich niederlässt. Kriterien wie Ausbaustandard der Wohnung, Mietpreis und nachbarliche Verhältnisse sind da wohl wichtiger.

Gemeinderat Hanspeter Hohl möchte nicht, dass Unteriberg eine „Steuerhölle“ wird und ist deshalb generell gegen eine Steuererhöhung. Vielleicht bleiben dann nicht nur die Neuwohnungen leer, sondern ziehen auch Personen weg. Unteriberg hat dann noch weniger Einwohner, noch weniger Schüler und der Gemeinde geht es dann noch schlechter.

Markus Föhn, Ressortchef Bildung, mag sich erinnern, seit er im Gemeinderat die alljährlichen Budgetprozesse mitmacht, dass praktisch immer diskutiert wurde, den Steuerfuss um 10 oder 20 % zu erhöhen. Schliesslich wurde aber immer davon abgesehen. Wenn man nun dies hochrechnet, dann würde man jetzt wahrscheinlich ein ausgeglichenes Budget und vermutlich auch mehr Eigenkapital zur Verfügung haben. Andererseits wäre die Gemeinde dann vielleicht eine Steuerhölle. Dies würde wohl finanzkräftige Personen abhalten, sich hier niederzulassen. Personen, die keine Steuern bezahlen, interessiert das wohl weniger. Die Frage ist nun, welchen Weg die Gemeinde gehen will. Der Gemeinderat hat in den letzten 6 bis 8 Jahren den Weg des Abwartens gewählt in der Hoffnung, dass der Kanton beim Finanzausgleich eine Anpassung vornimmt. Zurzeit werden ja vor allem die kleinen Gemeinden bis 1'000 Einwohner mit strukturellen Beiträgen bedacht. Ich sehe keinen Grund, warum man diese Grenze nicht auf 2'300 Einwohner erhöhen kann. Kleine Gemeinden wie Oberiberg, Riemstalden schreiben zurzeit schwarze Zahlen, auch der Bezirk Schwyz wird grosszügig vom Kanton unterstützt. Hier ist der Hebel, wo man ansetzen muss.

Gemeindepräsident Edy Marty gibt zu bemerken, dass der Bezirk Schwyz an der letzten Versammlung einen Beitrag von CHF 250'000.00 an die Sanierung des Hallenbads Münster bewilligt hat und folglich wohl einen Teil der Unterstützung des Kantons an die Gemeinde Unteriberg weitergeleitet hat.

Albert Holdener, Alt-Gemeindekassier, ist erstaunt, dass der Gemeinderat einerseits einen Antrag stellt und nachher selber den grössten Teil der Diskussion über den Steuerfuss führt. Mit einer Erhöhung des Steuerfusses um 30 % stellt sich die Gemeinde selber ins Abseits. Deshalb unterstütze ich den Antrag des Gemeinderats, den Steuerersatz bei 160 % zu belassen. Hierzu möchte ich zwei Bemerkungen zum Finanzausgleich anbringen. Wie zu vernehmen war, wird es nächstes Jahr rund CHF 300'000.00 mehr Finanzausgleich geben. Bei der alljährlichen Budgetierung werden solche Zahlen normalerweise übernommen. Es wird also eine feste Grösse eingesetzt, obwohl man noch nicht weiss, wie gross der Betrag in Zukunft aussieht. Zweitens werden gemäss den Ausführungen des Ressortchefs Bildung die Schülerzahlen zunehmen und im Schuljahr 2021/22 wesentlich höher sein. Dadurch werden auch hier wieder mehr Kantonsbeiträge fliessen. Ich bin deshalb gegen eine Steuerfusserhöhung von 30 %. Zudem werde ich ja im Jahr 2019 auch eine der Personen sein, die offenbar dazu beitragen wird, bei der Verwaltung zu sparen. Ich gehöre auch zu den dienstälteren Mitarbeitern, die halt in diesem System mehr kosten.

Damit hat sich die Diskussion zu diesem Thema erschöpft und es kommt zur Abstimmung.

Der Gemeindepräsident lässt dann zuerst über seinen als Bürger gestellten Antrag um Erhöhung des Steuerfusses um 30 % abstimmen. Es stimmen nur sehr wenige Anwesende dafür. Der Gemeindepräsident nimmt das Resultat ernüchternd zur Kenntnis.

Der Gemeindepräsident bringt dann den Antrag des Gemeinderats zur Abstimmung.

Der Gemeindeversammlung wird beantragt:

2. Der Steuerfuss für das Jahr 2018 wird auf 160 % der einfachen Steuer festgelegt (bisher 160 %).

Der **Steuerfuss 2018** wird mit wenigen Gegenstimmen auf **160 %** festgelegt.

TRAKTANDUM 4

Einbürgerungsgesuch Manuel Ribeiro Laureano, geb. 23. September 2002 (Portugal)

Selbstportrait des Bewerbers



Ich, Manuel Ribeiro Laureano, bin am 23. September 2002 geboren. Meine Eltern sind beide in Portugal geboren. Sie sind aber schon mehr als 25 Jahre in der Schweiz und arbeiten in der Region Einsiedeln.

Ich möchte gerne in Unteriberg eingebürgert werden, weil ich hier geboren bin und deshalb auch mit diesem Ort verwurzelt bin. Aus diesem Grund beherrsche ich die Sprache und habe mich in das Dorfleben integriert, indem ich z.B. den Turnverein Unteriberg besuche. Ich würde mich sehr freuen, nun auch offiziell ein Teil der Schweiz zu sein.

Antrag des Gemeinderates

1. Der Gemeinderat erachtet die Anforderungen für den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts im Fall von Edgar Ribeiro Laureano als erfüllt.
2. Das Gesuch wird der Gemeindeversammlung vom 01. Dezember 2017 vorgelegt mit dem Antrag, Manuel Ribeiro Laureano das Bürgerrecht der Gemeinde Unteriberg zuzusichern.

Bericht des Gemeinderates

Die Einbürgerungskommission hat das Dossier und den Bewerber eingehend geprüft und mit ihm ein Gespräch geführt. Bund und Kanton haben die weiteren obligatorischen Abklärungen getroffen, unter anderem bezüglich Polizeiakten und Strafrecht. Der Polizeibericht zeigt eine unbescholtene Persönlichkeit.

Der Bewerber ist ein bestens integrierter Secondo, der sich auf den ersten Blick kaum von gleichaltrigen Einheimischen unterscheiden lässt. Er spricht akzentfrei und mühe-los Schweizer Dialekt. Neben seiner schweizerisch geprägten Identität steht er aber auch voll und ganz zur Herkunft seiner Familie aus Portugal, wo er gerne Ferien macht. Der Lebensmittelpunkt liegt eindeutig in der Schweiz.

Der Kandidat hat einen sehr guten Ruf und gilt als umgänglich und tüchtig. Die persönliche Erklärung zur Beachtung der Rechtsordnung hat er vor den Augen der Einbürgerungskommission unterschrieben. Die Beweggründe für die Einbürgerung sind klar ersichtlich und glaubwürdig (Lebensmittelpunkt, Identifikation mit Schweiz, Interesse am politischen Betrieb, Bereitschaft zur Leistung von Militärdienst).

Empfehlung des Gemeinderates

Der Gemeinderat empfiehlt den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, Manuel Ribeiro Laureano das Bürgerrecht von Unteriberg zuzusichern.

Hinweis

Dieses Einbürgerungsgesuch (Geschäft 4) wird durch die Gemeindeversammlung entschieden. Der Antrag des Gemeinderates gilt als angenommen, wenn aus der Versammlungsmitte nicht ein begründeter Gegenantrag gestellt wird.

Gemeindepräsident Edy Marty hat Manuel Ribeiro Laureano für die Einbürgerung der Versammlung vorgestellt. Anschliessend hat er begleitet den Saal verlassen.

Gemeindepräsident Edy Marty charakterisiert Manuel Ribeiro Laureano als sehr gut integrierten Teenager, den man in einer Gruppe einheimischer Jugendlicher gar nicht als Ausländer wahrnimmt. Sein Bruder wurde bereits vor einigen Jahren eingebürgert.

(keine weiteren Wortmeldungen)

Kein begründeter Gegenantrag: Das Gesuch ist damit angenommen.

Nach der Rückkehr des Bewerbers gratuliert ihm der Präsident per Handschlag. Die Versammlung applaudiert.

TRAKTANDUM 5

Verschiedenes

Gemeindepräsident Edy Marty gibt das Wort für allfällige Fragen frei.

Es werden keine Wortmeldungen gewünscht.

Der Gemeindepräsident gibt dann zu bemerken, dass trotz des frühen Datums der Gemeindeversammlung offenbar viele Gemeindegänger/innen wegen anderen Terminen nicht teilnehmen konnten. Der Gemeinderat wird sich überlegen, in Zukunft die Gemeindeversammlung im Dezember eventuell auf einen anderen Tag während der Woche zu verlegen.

Gemeindepräsident Edy Marty führt dann aus, dass nächstes Jahr am 22. April Gemeinderatswahlen stattfinden. Man hat sich vorgängig im Gemeinderat geeinigt, dass heute Abend die sich in der Wahl befindenden Gemeinderatsmitglieder mitteilen, ob sie sich für eine weitere Legislaturperiode zur Wahl stellen oder nicht mehr antreten.

Auf einer auf den Beamer projizierten Folie werden alle zur Wahl stehenden Gemeinderatsmitglieder aufgeführt mit Angabe des Wahljahres und deren Funktion während ihrer Amtszeit.

Der Gemeindepräsident fragt dann die betreffenden Gemeinderatsmitglieder einzeln an:

- | | |
|--|------------------------------|
| - Paul Bellmont, Ressort Finanzen | tritt nicht mehr zur Wahl an |
| - Markus Föhn, Ressort Bildung, Freizeit & Kultur | stellt sich erneut zur Wahl |
| - Albin Fässler, Ressort Liegenschaften & Sicherheit | tritt nicht mehr zur Wahl an |
| - Marcel Marty, Ressort Gesellschaft | tritt nicht mehr zur Wahl an |

Gemeindepräsident Edy Marty dankt den Vorrednern für ihre Ausführungen. Er selber hat bereits vor einigen Wochen bekannt gegeben, dass er nochmals für eine Amtsperiode kandidieren wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen gewünscht.

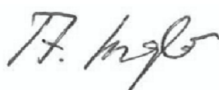
Abschliessend dankt der Präsident den Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen und die rege Diskussion während der Versammlung. Er ist sichtlich erfreut, dass so viele junge Gemeindegänger/innen an der Versammlung teilgenommen haben. Er wünscht allen Anwesenden und ihren Familien frohe Weihnachten und viel Glück und Segen im neuen Jahr! Die Restaurants in Unteriberg haben die generelle Bewilligung für Freinacht. Die Versammlung ist geschlossen.

Schluss der Gemeindeversammlung um 22:15 Uhr.

GEMEINDEVERSAMMLUNG UNTERIBERG



Gemeindepräsident
Edy Marty



Gemeindeschreiber
Albert Inglin

Genehmigt mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 173/17 vom 15. Dezember 2017.